

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/46. Jahrgang

Februar 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

Karstadt: Spielball für Spekulanten

Die „Rettung“ des angeschlagenen Karstadt-Konzerns erfolgt weiter auf dem Rücken der bereits arg gebeutelten Beschäftigten. Der neue Eigentümer, der österreichische Spekulant Benko, schließt einen großen Teil der 83 Filialen; 20 Warenhäuser wurden an den israelischen Spekulanten Steinmetz verkauft und sollen rückgemietet werden. Die Beschäftigten müssen noch mehr bluten - nicht nur alle, die durch Filialschließung auf der Straße stehen, sondern auch die von Personalabbau Betroffenen. 2000 Vollzeitstellen werden gestrichen. Über kurz oder lang werden die meisten von ihnen bei Hartz

IV landen. Darüber hinaus werden 1100 Verkäuferinnen zu Regaleinräumen degradiert und bekommen 300 Euro weniger im Monat. 700 Millionen Euro sind auf diese Art in den letzten 10 Jahren aus den Beschäftigten herausgepresst worden und in die Taschen von Spekulanten geflossen.

Die mit diesem „Sparkurs“ einhergegangene Reduzierung des Sortiments und Ausdünnung der Personaldecke haben schließlich auch zum Einbruch des Umsatzes geführt, insbesondere im letzten Weihnachtsgeschäft.

Seit 2005 Middelhoff den Vorstands-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Keine Chance für Pegida in Gießen

Etwa 700 Menschen kamen am 25. Januar vor dem Gießener Bahnhof zusammen um sich Rassisten und Ausländerfeinden entgegenzustellen. Viele waren gekommen, die man noch nie oder seit Jahren nicht mehr bei Demonstrationen oder Kundgebungen gesehen hatte. Fahnen von Gewerkschaften, SDAJ, DKP und auch der SPD wehten über der Menge, auf zahlreichen Transparenten und Umhängeschildern bekundeten Teilnehmer ihre Meinung.

Die Vertreter der SPD unter den Teilnehmern und auf dem Podium sollten allerdings mal über die Rolle ihrer Partei beim Aufkommen von Ausländerfeindlichkeit und sozialer Ausgrenzung nachdenken. Auf dem Podium begründeten Gewerkschafter und linke Politiker, Ver-

treter von Migrantinnen und religiösen Gruppen sowie die Oberbürgermeisterin, warum es für die Pegida-nahen Anmelder einer Zusammenrottung in Gießen keinen Platz geben darf. Deren etwa 30 Anhänger verzichteten nach einer misslungenen Kundgebung auf den angekündigten Marsch in die Stadt. G. Linhart



Inhalt:

Paris, 7. Jan. 2015/Skandalgedenken	S.2
Bauverein-Wohnungen verhökert	S.3
Metall-Tarifrunde/Schwarz-Grün	S.4
Falschmünzer	S.5
Griechen-Wahl/Ukraine	S.6
SDAJler als Leiharbeiter/Lehrerbrieft	S.7
Termine/Ria Deeg	S.8



Der 8. März bleibt frei

Am Sonntag, dem 8. März, dem Internationalen Frauentag, bleiben in Gießen die Geschäfte zu. Auch an den kirchlichen Feiertagen 4.10. (Erntedank) und 1.11. (Allerheiligen) wird es keinen Sonntagsverkauf geben. Dieses Ergebnis konnten Gewerkschaften und Kirchen in Verhandlungen mit der Stadt erreichen. Die Ersatztermine, die hierfür festgelegt wurden, machen deutlich, dass es beim Gerangel um Termine gar nicht um die Voraussetzungen für einen verkaufsoffenen Sonntag geht, sondern nur um Einzelhandelsumsatz. Grundlage muss nämlich ein „Marktgeschehen“ am Ort sein, das eine Ladenöffnung erfordert. So wird banalen Ereignissen ein Marktgeschehen angedichtet, das sie gar nicht haben: verkaufsoffene Sonntage sollen nun u.a. sein: der 17. 5. (Landesturnfest) und der 6. 9. (Schuljahresbeginn)! E.B.

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Paris, 7. Januar 2015 – der europäische 9/11

Parallelen sind nicht von der Hand zu weisen: ein brutales Attentat, das weltweit Entsetzen auslöste. Auch hier stehen die Täter fest, bevor Ermittlungen begonnen werden konnten. Befragen kann man sie nicht mehr, weil es – wie passend - keine Überlebenden gibt. Woher sind die Waffen, was die Motive, die Hintergründe? So werden an der offiziellen Darstellung des „islamischen Terrors“ keine Zweifel zugelassen. In einer Zeit, in der Terroranschläge wahrlich nicht selten sind, demonstriert hier die westliche Wertegemeinschaft geschlossen für Menschenrechte, Meinungsfreiheit – und Demokratie. Demonstrativ haben sich mit u. a. Merkel, Hollande und Netan-

jahu in Paris genau jene in Szene gesetzt, die zusammen mit den USA im Kampf gegen den „Terror“ seit 9/11 Millionen Menschen den Tod gebracht haben: in Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen, Somalia, Syrien und Palästina... Sie, auf deren Geheiß täglich unzählige Menschen getötet und in die Flucht getrieben werden, heucheln Mitleid und Empörung. Sie waren es, die (beginnend in den 80er Jahren in Afghanistan) Al Quaida und Dschihad schufen, förderten und bewaffneten, die schließlich die „Freie Syrische Armee“ ins Leben riefen, aus der sich der „Islamische Staat“ rekrutierte. Auch beim Pariser Attentat muss gefragt werden: wem nutzt es?

Dass die Popularitätswerte des kriegsgeschüttelten Präsidenten Hollande sich verdoppelten, ist sicher nur ein Nebeneffekt.

Wie nach dem 9/11 dient das Attentat der weiteren Überwachung und Repression:

* Die Vorratsdatenspeicherung (die es in Frankreich übrigens gibt) soll auch in der BRD eingeführt werden.

* „Extremismus“-Propaganda soll unter Strafe gestellt werden.

* „Gewaltbereiten Islamisten“ soll der Personalausweis entzogen werden, damit sie nicht ausreisen können.

* Es werden Menschen kriminalisiert und bestraft für ihre Gedanken und Pläne, nicht für ihre Taten.

Es liegt auf der Hand, dass dieses Instrumentarium nicht den „Terror“ bekämpfen soll, sondern dazu dient, die Gegner dieses Systems zu bekämpfen: die Gegner von Krieg und Ausbeutung, d.h. letztlich die Friedens- und Arbeiterbewegung.

Das Attentat in Paris wird vermutlich nicht wie auch das von 9/11 das letzte bleiben, dessen Umstände nicht restlos aufgeklärt und veröffentlicht werden. Die Vertuschungen und Ungeheimheiten im NSU-Prozess sprechen Bände. Dass nun nach mehr als 30 Jahren der Anschlag auf das Oktoberfest neu untersucht wird, nachdem viele Beweise „verschwunden“ sind, ist nur ein kleiner Anfang, über dessen Ausgang man sich keine Illusionen machen sollte. Erika Beltz



Auschwitz-Gedenken als politischer Skandal

Wie jedes Jahr am 27. Januar fand auch am 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee eine Feier am ehemaligen Lager statt. Der Präsident des größten Nachfolgestaates der Sowjetunion, Wladimir Putin, wurde nicht eingeladen. Anwesend war aber der Präsident des Nachfolgestaates der Täter, J. Gauck. Ebenfalls eingeladen war Poroschenko, Präsident der Ukraine. In diesem Land werden am Judenmord beteiligte Nazi-Kollaborateure als Helden verehrt und mit Denkmälern bedacht. Jazenjuk, der Regierungschef dieses Landes, bezeichnete die Befreiung Osteuropas und Deutschlands durch die Sowjetarmee als „russische Invasion“. Soviel zu „Europäischen Werten“.



(Fortsetzung von Seite 1)

Karstadt: Spielball...

vorsitz mit einem Grundgehalt von 1,2 Millionen Euro im Jahr (ohne Boni, Prämien etc.) übernahm, ging es bergab. Der Aktienkurs sank in seiner Amtszeit von 10 auf 1,30 Euro. Seitdem ist Karstadt ein Selbstbedienungsladen für Spekulanten. Weil er nicht im Stau stehen wollte, ließ Middelhoff z.B. sich mindestens 28-mal per Hubschrauber in seine Firma fliegen: Kosten 80.000 Euro. Investitionen? Fehlanzeige. Nicht anders sein Nachfolger Berggruen, der 8000 Arbeitsplätze vernichtete, mit der Lizenz der Marke Karstadt Millionen einstrich und die Warenhäuser in den Ruin trieb. Mitte November letzten

Jahres war die Karstadt-Aktie noch 5 Cent wert. Middelhoff wurde wegen Untreue und Steuerhinterziehung im November 2014 zu drei Jahren Haft verurteilt. Benko (er gehört zu den 50 reichsten Österreichern) und Steinmetz (geschätztes Vermögen: 5 Milliarden Euro) müssen sich wegen Verdachts auf Korruption verantworten. - Den Beschäftigten nützt das alles nicht im Geringsten.

Wenn in Gießen ab Frühjahr im ehem. Kaufhof-(Horten)-Gebäude C&A, Mode-Röther u. a. öffnen werden, wird es für Karstadt wie auch für die Galeria Neustädter Tor noch enger werden. Im Kapitalismus wird eben nicht planmäßig gestaltet, sondern alles dem „Markt“ überlassen. Den letzten beißen die Hunde. Michael Beltz



Bauverein-Wohnungen an Miethaie verhökert

Als vor Jahren das Land Hessen seine Sozialwohnungen verkaufte, wurden die Mieter beruhigt, die neuen Eigentümer seien ja kommunale Wohnungsgesellschaften. 1200 Gießener Wohnungen gingen an die Darmstädter Bauverein AG. Dieser Verein zeigte gegenüber den Mietern allerdings keinerlei soziale Verantwortung. Es wurde so wenig wie möglich investiert und so billig wie möglich verwaltet, aber kräftig kassiert. Saftige Mieterhöhungen konnten nur durch heftigen Widerstand abgewendet oder abgemildert werden. Jetzt macht die Stadt Darmstadt, alleiniger Aktionär der AG, regiert von einem grünen OB und einer grün-schwarzen Koalition, richtig Kasse. Die Wohnungen wurden weiterverkauft, um große Bauvorhaben in Darmstadt zu finanzieren. Ver-

kaufverhandlungen mit der Gießener Wohnbau wurden abgelehnt, neuer Eigentümer wird eine Gesellschaft mit dem treffenden Namen „Deutsche Zinshaus Gruppe“. Erklärtes Ziel dieser Investoren ist es, mit Immobilien



möglichst hohe Renditen zu erwirtschaften. Auch diesmal heißt es wieder beruhigend, die Mieter hätten nichts zu befürchten – es gelte ja eine Sozialcharta, die vor Mieterhöhungen, Luxussanierungen, Weiterverkauf und Umwandlung in Eigentumswohnungen schützt. Solche Sozialcharten haben sich aber schon andernorts als nahezu unwirksam erwiesen. Sie sind einseitige Willenserklärungen des Eigentümers und beinhalten keine für die Mieter

einklagbaren Rechte. Außerdem gelten sie nur für wenige Jahre, während viele Mieter ihre Wohnungen Jahrzehnte behalten möchten. Der Wohnungsmarkt gerät immer mehr in die Hände profitgieriger Investoren. Für Menschen mit kleinem bis mittlerem Einkommen gibt es in Städten immer weniger bezahlbare Wohnungen, sie sollen in Randlagen oder aufs Land abgedrängt werden. Die Wohnung ist ein Grundbedürfnis des Menschen, die Versorgung damit muss eine öffentliche Aufgabe sein. Mietpreisbremsen reichen nicht, die Höhe der Miete darf sich nicht an den Gewinnerwartungen der Investoren sondern muss sich am Einkommen der Bewohner orientieren. Wenn dann private Geldgeber nicht mehr mitmachen wollen ist das nicht schlecht, sondern gut. Kommunen, Staat, Genossenschaften und andere, denen es nicht um den Profit geht, können dann wieder eine größere Rolle spielen. G. Linhart

MetallTarifrunde 2015

MEHR Druck von unten – MEHR Lohn – MEHR Zeit

Die IG Metall fordert 5,5% mehr Entgelt, Weiterführung und Verbesserung der Altersteilzeit, finanziell geförderte „Bildungsteilzeit“. Dafür macht sie ab dem Ende der „Friedenspflicht“ mit Warnstreiks und Aktionen Druck. Die DKP unterstützt die berechtigten Forderungen und Aktionen der Metallerinnen und Metaller.

Löhne hinken Gewinnen hinterher

Die Unternehmer zeigen auf die offizielle Inflationsrate. Die ist zur Zeit niedrig, spiegelt aber nicht die reale Situation in den Haushalten der Arbeitenden wider, weil sie auch langlebige Konsumgüter (z.B. Unterhaltungselektronik) mitberechnet. Die Preise für Lebensmittel steigen seit

Jahren fast doppelt so stark wie die durchschnittliche Inflation, ähnlich andere Güter des täglichen Bedarfs (Wohnen, Mobilität).

Auch wenn die Brutto-Tarif-Löhne 2014 stärker gestiegen sind als die durchschnittlichen Preise – den Gewinnen hinken die Löhne seit langem hinterher.

Die „Lohnquote“ (Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) geht seit Jahrzehnten zugunsten der Profite (Unternehmens- und Vermögenseinkommen) zurück – durch Nicht-Ausreizen der Spielräume bei Tarifabschlüssen, vor allem aber durch die wachsende Zahl nichttarifgebundener Betriebe, nicht nur in Ostdeutschland.

Dieses Lohn- und Sozialdumping zahlt sich für die Beschäftigten nicht aus. Die Krise wurde so zwar erst einmal auf andere Länder abgewälzt, wird aber von dort zurückkommen. Wenn die Massenkauftkraft nicht ausreicht, um die Produkte zu kaufen, wird die Arbeitslosigkeit weiter steigen – auch die, die sich hinter dem dramatischen Anstieg prekärer Beschäftigung versteckt.

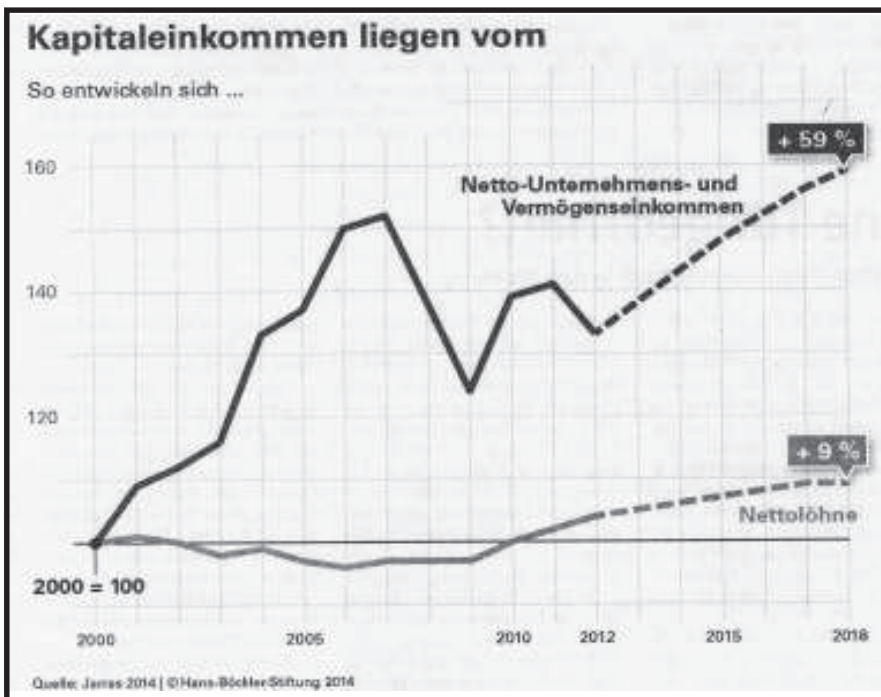
Alle Räder stehen still

Gerade die Metall- und Elektroindustrie macht Rekordgewinne: die Renditen lagen sogar nach einer Erhebung des unternehmernahen ifo-Institutes im Auftrag von Gesamtmetall in den Jahren 2012 und 2013 bei 4,0 bzw. 4,1% und damit höher als jemals seit 2000, mit Ausnahme des Krisenjahres 2007.

Wer schafft diese Gewinne? Das zeigt jeder Warnstreik: ob in der Produktion oder Büro, ohne unsere Arbeitskraft stehen auch modernste Maschinen und Anlagen still. Wir Arbeitenden fordern jetzt unseren Anteil an den Werten, die wir schaffen – ohne falsche Bescheidenheit...

Lohnfragen = Machtfragen

Alle Erfahrung zeigt: die Durchsetzung unserer Forderungen hängt nicht vom Verhandlungsgeschick unserer Vertreter ab, sondern von unserem Druck. Die Macht der Konzernherren ist ihr Eigentum an den Fabriken – unsere Gegenmacht ist unsere Arbeitskraft, die diese Fabriken am Laufen hält, oder eben nicht. Je mehr wir unsere Macht einsetzen, desto näher wird der Tarifabschluss unseren Forderungen kommen. (UZ v. 30.1.15)



Schwarz-Grün in Hessen – Kapitalisten jubeln

Seit einem Jahr regiert in Wiesbaden eine schwarz-grüne Koalition. Der frühere Bürgerschreck Tarik Al-Wazir ist als Wirtschaftsminister zum Liebling der Banken und Konzerne geworden – sie finden die Grünen als Koalitionspartner der rechten Hessen-CDU sogar besser als die FDP. Die Grünen tun auch alles, um das Kapital zufrieden zu stellen. Der Staat spart am Personal wie nie zuvor, sowohl was die Zahl der Beschäftig-

ten als auch deren Vergütung betrifft. Die Beamtenbesoldung wird von der Tarifentwicklung abgekoppelt und gedeckelt, das Land bleibt weiterhin der Tarifgemeinschaft der Länder fern, bezahlt seine Beschäftigten schlechter und lässt sie länger arbeiten. Beim Ausbau des Flughafens und beim Fluglärm gibt es laue Kompromisse, in der Bildungspolitik bleibt alles beim alten. Viel mehr hätte die CDU alleine auch nicht für das Kapital tun können.



Falschmünzer

Da ist die Inflation gesunken. Im Kapitalismus löst das größte Besorgnisse aus. Nun ist der Rutsch so gewaltig auch wieder nicht. Der Ölpreis gab nach, weil die Weltwirtschaft lahmt und die US-Amerikaner Russland und Venezuela in Schwierigkeiten bringen wollen. Rechnet man den Ölpreis aus der Inflationsrate heraus, liegt die so genannte Kerninflation im Euroraum bei 0,9%. Aber nach den Wünschen der Kapitalvertreter sollten es schon zwei% sein. Verrückte Welt des Kapitals.



Die Produktivität steigt im Zuge zunehmend effektiver Technik, die Herstellung jeder einzelnen Ware wird billiger, aber die Preise steigen anstatt zu sinken und sollen das auch unbedingt. Tun sie das einmal nicht im gewünschten Ausmaß – den berühmten zwei% – ist das Gejammer groß, denn das bedeutet Gefahr für die Gewinne, zurück gehende Investitionen, kurz ein Schwächeln der gesamten Wirtschaft. Und in der Tat weiß man nicht, ob nicht der gesamte kapitalistische Laden ins Rutschen kommt. Also beschließt die Europäische Zentralbank (EZB) Staatsanleihen im Wert von einer Billion Euro (eine Zahl mit zwölf Nullen) zu kaufen und so die Märkte mit Geld zu fluten, obwohl es daran, weiß Gott, schon heute nicht fehlt.

Aber dieses so genannte Helikoptergeld, das in den Wirtschaftskreislauf regnet, soll nun endlich die Preise treiben. Ob das angestrebte Ziel erreicht wird, weiß kein Mensch. Die

Japaner betreiben diese Politik des billigen Geldes schon seit Jahrzehnten ohne Erfolg. Und so wird EZB-Präsident Draghi viel gelobt und viel gescholten. Aber was er auch in der Geldpolitik tut oder nicht tut, es ändert nichts an dem Krankheitszustand des Kapitalismus, der nur noch mit Dauerinflation überlebt, die allerdings auch wieder nicht ganz aus dem Ruder laufen darf.

Eine solche Inflation erlebte Deutschland nach dem ersten Weltkrieg 1920-23. Die heute besonders gefürchtete Deflation, den ruinösen Preisverfall, als Unternehmen oft keine Gewinne mehr machten und also ihre Investitionen zusammenstrichen, hatten wir 1932-33.

Ein heute vielfach belächelter Karl Marx hatte schon im 19. Jahrhundert darauf hingewiesen, dass die wachsende Produktivität, die in einer nicht auf Profit ausgerichteten Wirtschaft vor allem durch Arbeitszeitverkürzung ein Segen wäre, den Kapitalismus in die Bredouille bringt.

Wachsende Produktivität bedeutet, dass immer mehr Maschinen und immer weniger Arbeiter die Warenmasse herstellen. Das heißt, es muss immer mehr Kapital eingesetzt werden, um eine bestimmte Menge an Profit zu erzeugen, die Rendite hat eine Tendenz zum Sinken. Bleibt die Rendite hinter den Erwartungen der Kapitalisten zurück, investieren sie

Es tritt damit nur hervor, dass die auf den gegensätzlichen Charakter der kapitalistischen Produktion gegründete Verwertung des Kapitals die wirkliche, freie Entwicklung nur bis zu einem gewissen Punkt erlaubt, also in der Tat eine immanente Fessel und Schranke der Produktion bildet, die beständig durch das Kreditwesen durchbrochen wird. Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts... Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise. Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band

nicht mehr, und wenn das Kreditgeld noch so billig wird. Ja, da wäre etwas Inflation immerhin erfreulich. Allerdings ist die Gefahr groß, dass Draghis Helikoptergeld nicht in der Produktion landet sondern in Aktien und Immobilien.

Verrückt eine Wirtschaftsordnung, die nur mit Dauerinflation zu überleben hofft. Sie gleicht dem Junkie, der ohne Drogen kollabiert oder einen Arzt findet, der ihm neuen Stoff verschreibt oder der sich die Droge in der Kriminalität verschafft.

Klaus Mewes



Eine Tür geöffnet? - Hoffnung und Skepsis nach Syriza-Wahl

Zum ersten Mal ist in einem EU-Land eine Linksregierung gebildet worden. Die Hoffnungen sind groß. Viele Reaktionen sind euphorisch, schließlich war Tsipras mit dem Versprechen angetreten, die Verelendung der griechischen Bevölkerung zu stoppen und dem Spardiktat der Troika ein Ende zu bereiten.

Damit stellt sich die Frage: Ist eine solche Linksregierung ein Modell für andere europäische Länder? Ist die Wahl von Syriza der Anfang, um den Angriffen des Kapitals in ganz Europa ein Ende zu bereiten?

Ja, sagt Bernd Riexinger, der Vorsitzende der Linkspartei, und spricht von einem „historischen Sieg“.

Der Vorsitzende der Europäischen Linkspartei, Pierre Laurent, erklärte: „Dieser Sieg ändert den Kurs Europas.“ Der Präsident Frankreichs, Francois Hollande, habe die Chance veran, eine „europäische Debatte“ über einen „Neustart Europas“ zu eröffnen. „Syriza öffnet diese Tür aufs Neue.“ Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) erklärte dagegen: „Das Wahlergebnis spiegelt die große Unzufriedenheit und die Wut des Volkes über die konservative Nea Demokritia und die sozialdemokratische PASOK wider – die Parteien, die das Volk während der Wirtschaftskrise in

Armut und Arbeitslosigkeit gestürzt haben.“ Die Hoffnung, dass eine Syriza-Regierung daran wirklich etwas ändern könne, hält die KKE für trügerisch. Sie müsse zwangsläufig „der Einbahnstraße der EU“ folgen, sie werde die Bindungen an die Monopole, an die EU und an die NATO nicht lösen können.

Während große Teile der Bevölkerung auf eine parlamentarische Lösung, auf eine Verringerung des Elends im Rahmen der EU hoffen,

erklärt die KKE, dass es keine einfache Lösung gebe. Trotzdem konnte sie Stimmen zurückgewinnen – gegenüber den letzten Wahlen im Juni 2012 verbesserte sie ihr Ergebnis um einen Prozentpunkt und 60.000 Stimmen auf 5,5%. Ihre Fraktion vergrößert sich damit um drei auf 15 Abgeordnete...

Dieser Artikel von Olaf Matthes ist in voller Länge in der UZ, Wochen-Zeitung der DKP, vom 30.1.2015 zu lesen.



Die Lage in der Ukraine – ein Erfahrungsbericht

Am 23.1. berichtete Wolfgang Gehrcke, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei, auf Einladung der VVN im Dachsaal des Gewerkschaftshauses über seine Reise durch die Ukraine und Russland im November 2014. Er warnte davor, Russland zum Feind zu erklären. Russland gehöre zu Europa, ein friedliches Zusammenleben in diesem Kontinent sei auf Dauer nur unter Einbeziehung Russlands möglich. Russische Politiker fühlen sich mit Recht von Deutschland betrogen, da es 1991 klare Zusicherungen gegeben habe, die NATO werde sich

nicht nach Osten ausweiten. In der Ukraine sei es kaum noch denkbar, dass der West- und der Ostteil wieder zusammenkommen, zu tief sitze inzwischen der gegenseitige Hass und das Misstrauen.

Mehr als 500.000 Ukrainer sind nach Russland geflohen, noch mehr leben als Flüchtlinge innerhalb des Landes. Die Regierung in Kiew vertrete nur die Interessen von Oligarchen und habe nichts mit den teilweise berechtigten Forderungen der Maidan-Demonstranten zu tun. Gehrcke wies darauf hin, dass bisher weder geklärt sei,

Spenden auf das Konto »Hilfe für die Kinder von Donezk« (Verwendungszweck) bei der Berliner Sparkasse, IBAN DE80 1005 0000 4184 6308 00 (Kontoinhaber: Wolfgang Gehrcke).

wer die Scharfschützen am Maidan waren noch werde das Massaker am Gewerkschaftshaus in Odessa aufgeklärt; die Regierung in Kiew habe auch keinerlei Interesse an Ermittlungen. Nach Erkenntnissen der OSZE gebe es keine Waffenlieferungen aus Russland zu den Verteidigern der Ostukraine, sondern nur Lieferungen ziviler Hilfsgüter. Das Elend, das er in den von der Kiewer Armee und rechten Freischärlern belagerten Provinzen gesehen habe, habe ihn bewogen, einen Aufruf „Hilfe für die Kinder von Donezk“ zu initiieren.

Gernot Linhart

Solidarität mit dem Donbass

Die DKP unterstützt die antifaschistische Karawane der italienischen Banda Bassotti, die auch auf dem UZ-Pressfest spielte, auf den Weg in den Donbass, um ihre Solidarität mit der Bevölkerung und dem antifaschistischen Kampf auszudrücken und ruft zu Spenden auf: DKP-Parteivorstand, Kto.-Nr. 4002487502, BLZ: 43060967, IBAN: DE364060967002487502, BIC: GENODEM1GLS, Stichwort Banda Bassotti



Position. Magazin der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, SDAJ, Hoffnungsstraße 18, 45127 Essen, zeitungskollektiv@sday-netz.de, erscheint zweimonatlich, Jahresabo 10 Euro, Einzelheft: 1,70 Euro

Leserbriefe

In Bad Nauheim wirken die durch die Landessgartenschau angehäuften Schulden nach. Jetzt soll als Sparmaßnahme das Kurensemble abgesägt werden. Weil die Musikschule Geld braucht kann das Ensemble nicht mehr bezahlt werden. Angeblich sind die Musiker mit Anfang 60 zu alt, ihre Aufgaben soll die Musikschule übernehmen. Das Kurensemble absolviert mehr als einen Auftritt täglich, es spielt auch in Kliniken. Wenn auch nur ein Teil dieser Aufgaben erfüllt werden soll, würden die Lehrer der Musikschule zerschlagen. Unterricht, Auftritte und deren Vorbereitung gehen nicht gleichzeitig. Die Schüler würden verheizt - sie wollen ja lernen und nicht Berufsmusiker ersetzen, viele sind durch G8 eh schon überlastet. Auch in Gießen hat die LaGa Schuldenberge hinterlassen – was wird das alles an Kürzungen und Streichungen nach sich ziehen? J.Z.

Pharma-Industrie und Krieg

Am 16. Dez. 2014 wurde in WDR 2 eindrucksvoll dokumentiert, dass in den USA (mit Sicherheit auch anderen imperialen Staaten, U.B.) nicht nur der militärisch-industrielle Komplex großes Interesse an Kriegen hat, sondern auch die gigantische US-Pharmaindustrie, die ebenso über eine immense Profitrate verfügt. Der Anteil der posttraumatischen „Erkrankungen“ der US-Kriegsveteranen spielt hier eine entschei-

Junger SDAJler als Leiharbeiter im Streik

„Ich arbeite seit etwa einem Jahr als Leiharbeiter bei der DB-Dialog, dem Call-Center für Fahrgastrechte der Deutschen Bahn. Dort werden normalerweise Beschwerden und Nachfragen aus dem ganzen Bundesgebiet bearbeitet. Außer wenn gestreikt wird. Dann sind meine 200 Kolleginnen und Kollegen und ich die offizielle „Streikhotline“ der deutschen Bahn.“ - So wurde Robert konfrontiert mit unterschiedlichen Anrufen und unterschiedlichen Meinungen zum Streik der GDL. Erstaunt war er, dass trotz mancher Beschwerden, viele Anrufer Verständnis hatten für den Streik. „Endlich setzt sich mal jemand zur Wehr“, hörte er am Telefon. So konnte er erfahren, was Menschen erreichen können, die sich zusammenschließen und organisieren. Es ging nicht darum, die GDL als



Spalter und Konkurrenz zum DGB darzustellen. Es ging darum, in den Reihen der Kollegen gegen die Mächtigen zu kämpfen. „Ich hab während der Streiktage wirklich viel Zeit mit meinen Kollegen verbracht und viele Gespräche und Diskussionen geführt. Das direkte Resultat war, dass ich vier von ihnen in Folge des Streiks in die Ver.di aufnehmen konnte.“ „In dieser Frage hatte der GDL-Streik meiner Meinung nach Vorbild-Charakter, weil er vor allem eins deutlich gemacht hat: Wir können uns wehren – wenn wir uns organisieren!“ M.B.

dende Rolle. So konnte die Behandlung dieser „Erkrankungen“ mit Pillen der US-Industrie 20 Mrd. Dollareinbringen. Doch die Kundschaft geht aufgrund der tödlichen Nebenwirkungen zurück, zumal die Suizide dieser Veteranen nach Informationen des NDR täglich auf 22-24 Menschen pro Tag steigen. So etwas nennt man wohl einen Schuss ins eigene Knie! Uwe Bossart

Über das „Prekariat“ an den Fachhochschulen und Unis ist wenig bekannt. Doch nach einer Meldung der dpa vom 17. Jan. 2015 steigt deren Zahl rasant. Sie sind nahezu rechtlos. Nach Schätzungen der GEW beläuft sich die Zahl dieser Wissenschaftler auf 200.000. Hier sind diejenigen betroffen, die in dem sog. „Mittelbau“ arbeiten bzw. arbeiten könnten, also unterhalb der Professur. Sie erhalten zurzeit lediglich 90% Zeitverträge. Planungssicherheit ist ausgeschlossen: „Das ist nicht nur schlecht für die Betroffenen, darunter leiden auch Kontinuität und Qualität“, so die stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller. Ein Beispiel aus Gießen: „Hier erhielt ein wissenschaftlicher Mitarbeiter 16 Arbeitsverträge in 10 Jahren.“ Viele bekommen noch nicht einmal Zeitverträge, werden statistisch nicht erfasst. Auch Umschulungen nützen nichts. Zu denen gehöre z.B. ich, der sein Magisterstudium in Gießen 1984 als Soziologe mit „sehr gut“ abschloss! - Perspektive mit fast 60 Jahren gleich Null! Uwe Moldenhauer

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!
10 Wochen kostenlos testen
 CompressVerlag, Hoffnungs-Str. 18, 45127 Essen
 info@unsere-zeit.de

Redaktionsschluss für März-Echo: Mi., 25.2.2015

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: /www.dkp-giessen.de Ich möchte:
 O das Gießener Echo abonnieren
 O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....
 Adresse:

 .e-mail:

Wer Rettet Wen?

Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit Filmvorführung

Mittwoch, 11.02.2015, um 20 Uhr, im Café Amelie - Eintritt frei
gleichzeitig wird der Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz (104
Minuten) in mindestens 150 europäischen Städten Premiere feiern!

„Vernetzt euch“

neue Impulse für Friedens- und Ökologiebewegung

Diskussionsveranstaltung mit

Michael Held

(Koordinierungsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE; Bad Hersfeld)

Mittwoch, 18 Februar, 19.00 Uhr, Dachsaal DGB-Haus, Gießen

Veranstaltung des Gießener Friedensnetzwerkes und des Vereins Solidarische Welt, Gießen.

Ehrung von Ria Deeg

Am 19. Februar wird das Stadtparlament über folgenden Antrag von Michael Beltz abstimmen.

Der Magistrat wird beauftragt, die Widerstandskämpferin Ria Deeg mit der Aufstellung einer entsprechenden Stele in der Plockstraße zu ehren.

Das Aussehen der Stele soll den dort geehrten Widerstandskämpferinnen entsprechen.

Wir zitieren einige Äußerungen bekannter Gießener über Ria Deeg:

Ria Deeg war eine charakterstarke Frau... Beeindruckend für mich war aber, für welche politischen und menschlichen Werte Ria Deeg ihre Fähigkeiten genutzt hat. Das machte sie zu etwas Besonderem. Sie ver-

körperte authentisch die Botschaft: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg. - Ria Deeg gehört zu den Großen, die Gießen hervorbrachte. Sie hat die Ehrung der Stadt Gießen verdient.

(Ernst Richter, ehem. Vorsitzender DGB-Region Mittelhessen)

Für sie war stets selbstverständlich, die anstrengende politische Arbeit in der VVN-BdA, in der DKP, in der Friedensbewegung u.v.a.m. bis ins hohe Alter zu verrichten. Dafür haben wir sie bewundert. In ihrem aufrechten Gang war sie uns ein Vorbild.
(Armin Huth / Dr. Ulrich Bolz)

Für mich ist Ria Deeg eine Person, die ermutigte, stärkte und zum Weiterdenken angestoßen hat, die mit ihrem politischen Standort den Respekt und die Achtung im Frauennetzwerk Gießen hatte... Den Vorschlag, einen öffentlichen Ort in Gießen nach Ria Deeg zu benennen, begrüße ich sehr.

(Ursula Passarge, ehem. Frauenbeauftragte der Stadt Gießen)

Entnommen der Broschüre: „Gegen Kapitalismus und Krieg“

Zum 100. Geburtstag von Ria Deeg, erschienen 2007



Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern



Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2015

Und wir bitten um Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

**Sparkasse Gießen, IBAN: DE75
5135 0025 0000 1930 70**



news.dkp.de / dkp-giessen.de